

Statement zur Konjunkturmfrage Fröhsommer 2019

DIHK-Präsident Eric Schweitzer

Die Konjunktur steht unter Druck. Der Ausblick der hiesigen Betriebe auf die wirtschaftliche Entwicklung der kommenden Monate fällt trüber aus als noch zu Jahresbeginn. Gerade die Industrieunternehmen spüren die deutlich langsamere Gangart der Weltwirtschaft. Beim Auslandsgeschäft sind die Erwartungen so niedrig wie seit zehn Jahren nicht mehr. Das ist ein Alarmsignal. Denn die Industrie und unsere außenwirtschaftliche Orientierung sind Markenkern unserer Wirtschaft. Immerhin blicken Einzelhandel und Baugewerbe weiterhin auf sehr gute Geschäfte. Beide Wirtschaftszweige tragen derzeit die deutsche Konjunktur. Aber bereits die weitere Eintrübung bei den Investitions- und Beschäftigungsplänen gerade in der Industrie deutet an, dass sich die inländische Konjunktur nicht auf Dauer vom schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld frei machen kann.

Auf Basis der DIHK-Konjunkturmfrage mit mehr als 25.000 Antworten senkt der DIHK seine Prognose für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2019 auf 0,6 Prozent (Prognose zu Jahresbeginn: 0,9 Prozent). Die guten Zahlen des BIP-Wachstums im ersten Quartal dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere Wirtschaft sowohl konjunkturell wie strukturell vor großen Herausforderungen steht.

Um diese zu bewältigen, ist auch die Politik gefordert: Unsere Wirtschaft sollte mit Rückenwind in diese herausfordernden Zeiten gehen. Der Ausbau bei Verkehrs- und IT-Infrastruktur muss hierzulande schneller erfolgen. Wirtschaft 4.0 braucht Digitalisierung. Die Unternehmen warten auf ein effektives E-Government für die Wirtschaft. Zudem muss das Bürokratieentlastungsgesetz III jetzt schnell auf die Schiene gesetzt werden. Die vorgesehenen Maßnahmen zur Entbürokratisierung des Steuerrechts und zur konsequenten Nutzung der Digitalisierung können die Unternehmen erheblich entlasten. Gerade angesichts des schwierigen konjunkturellen Umfeldes brauchen die Betriebe mehr Zeit und Geld für ihr Kerngeschäft sowie für Innovationen und Investitionen.

Unsere Wirtschaft ist auf ein modernes Steuerrecht angewiesen. Die letzte Steuerreform liegt schon mehr als eine Dekade zurück. In Deutschland werden die Unternehmen im Vergleich zu ihren Wettbewerbern in anderen Industriestaaten schon heute stärker belastet. Mit 30 Prozent ist die Belastung im Vergleich zum OECD-Durchschnitt in Deutschland etwa sechs Prozentpunkte höher. Die Bundesregierung ist gefordert, diesen Wettbewerbsnachteil für die Unternehmen und den Investitionsstandort Deutschland zu reduzieren. Auch die Einführung zeitgemäßer Abschreibungsbedingungen würden gerade jetzt bei nachlassender Konjunktur positiv auf neue Investitionen wirken. Mit der international üblichen steuerlichen Forschungsförderung hat die Bundesregierung einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen beschlossen. Zeitnahe Betriebsprüfungen und so kürzere Aufbewahrungsfristen würden Unternehmen und Finanzverwaltung effektiv entlasten.

Trotz der schwierigen konjunkturellen Entwicklung gibt es viele Unternehmen, die mehr wachsen könnten, wenn sie das dazu nötige Personal finden würden. Der Fachkräftemangel bleibt aus Sicht der Unternehmen trotz der konjunkturellen Herausforderungen das größte Geschäftsrisiko. In manchen Bereichen, wie etwa im Bausektor, wird der Fachkräftemangel sogar zu einer Wachstumsbremse und hemmt dadurch den dringend benötigten Ausbau der Verkehrs- und IT-Infrastruktur.

